

Kein Bundesgeld mehr für Zürcher Filmfestival

Das Bundesamt für Kultur (BAK) unterstützt das Zurich Film Festival (ZFF) ab diesem Jahr nicht mehr. Grund dafür ist, dass das BAK nicht Einblick in die Geschäftszahlen beider am Festival beteiligten Firmen erhält. 2016 hatten sich die Strukturen der Organisation verändert, so gibt es neu eine Vermarktungsorganisation sowie mit der Zurich Film Festival AG ein Unternehmen, das das Festival veranstaltet. Bei beiden ist die NZZ-Gruppe mit je 52 Prozent beteiligt. Das BAK sei verpflichtet, hinsichtlich der Subventionen die Geldflüsse der beiden Unternehmen nachvollziehen zu können, bestätigte BAK-Sprecher Daniel Menna gestern eine Meldung von SRF. Da eine Offenlegung der Geldflüsse der Vermarktungsorganisation vonseiten der NZZ-Mediengruppe nicht möglich war, scheiterten die Verhandlungen. Das ZFF hätte jährlich 250 000 Franken Bundessubventionen erhalten sollen. Das 14. Zurich Film Festival wird vom 27. September bis 7. Oktober 2018 stattfinden. (sda)

Puigdemont kommt nach Genf

Der katalanische Exil-Politiker Carles Puigdemont wird am Sonntag in Genf erwartet. Der von Madrid abgesetzte Präsident der autonomen Region Katalonien nimmt im Rahmen des Menschenrechts-Filmfestivals an einer Debatte mit alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey teil. Die Diskussion werde sich um die Selbstbestimmung drehen, hieß es gestern vonseiten des Festival international du film et forum sur les droits humains. Er wolle sich nicht in der Schweiz niederlassen, versicherte Puigdemont, da er die Tatsache, in Brüssel als Hauptstadt eines Vaterlandes Europa zu leben, sehr geniesse.

Für das Aussendepartement (EDA) in Bern ist Puigdemonts Auftritt in Genf eine Privatreise eines spanischen Schengenraum-Bürgers. Es stehe ihm frei, politische Reden zu halten, «solange er sich dabei an die schweizerische Rechtsordnung hält», heisst es in einer Mitteilung des EDA von gestern. Die Behörden behielten sich vor, bei einer Störung der öffentlichen Ordnung die erforderlichen Massnahmen zu treffen. (sda)

Spröde, aber erfolgreich

An der Spitze des Schweizer Gewerkschaftsbundes steht ein Wechsel bevor: Präsident Paul Rechsteiner tritt nach 20 Jahren ab.

von Doris Kleck

Und sie scheiterten alle. Vor Jahresfrist war Paul Rechsteiner ein gefragter Mann. Er galt als Mitarchitekt der (mittlerweile vom Volk abgelehnten) Rentenreform 2020. Als gewiefter Strategie, der einen Ausbau der AHV in die Vorlage einbringen konnte. Als Ständerat arbeitete der Gewerkschaftsboss am Gesetz direkt mit, während der Arbeitgeberverband von Aussen her Einfluss nehmen musste. Porträts über Rechsteiner erschienen auf allen Kanälen. Doch der Versuch, den Menschen Rechsteiner zu erfassen, gelang niemandem. Denn der St.Galler SP-Ständerat redet nicht gerne über sich, sondern lieber über Mindestumwandlungssatz, Koordinationsabzug oder Altersgutschriften.

Rechsteiner punktet nicht mit Charisma oder brillanter Rhetorik. Hölzern und spröde wirkt er. Seine Waffen beschrieb er gestern im Interview mit dem «St.Galler Tagblatt» selbst: «Zentral sind Argumentationskraft, Kenntnisse und Erfahrung.» Via Zeitung gab er bekannt, dass er 2019 wieder zu den Ständeratswahlen antreten wird, aber als Präsident des Gewerkschaftsbundes (SGB) Ende November abtritt.

Ein Bruch mit der Tradition

1998 wurde Rechsteiner in dieses Amt gewählt. Es war ein Bruch mit der Tradition. Erstmals stand nicht mehr der Präsident eines Mitgliederverbandes an der Spitze des SGB. Präsident sollte ein «politischer Kopf» werden, der dem Bundesrat und dem Parlament Dampf macht. Rechsteiner galt schon 1998 als scharfer Linker, leidenschaftlicher Nationalrat und schnelldenkender Jurist. Kritische Stimmen fragten einzig, ob es diesem «Externen» nicht an einer Haushalt fehlen würde.

20 Jahre später hat sich diese Frage geklärt. Heute fragt man sich, welche ähnlich starke Figur Rechsteiner nach dieser langen Zeit ersetzen könnte. Der Name Corrado Pardini fällt – vor allem deshalb, weil er als Unia-Geschäftsleitungsmittel auch im Nationalrat sitzt. Der SP-Politiker wollte sich gestern nicht zu seinen Ambitionen äußern – sondern lieber über den abtretenden Präsidenten reden.



Schnell denkender Jurist: Per Ende November dieses Jahres verlässt der St. Galler Paul Rechsteiner das Präsidium des Gewerkschaftsbundes.

Bild Anthony Anex/Keystone

Paul Rechsteiner hat den SGB strategisch neu aufgestellt und die Wende gebracht: weg von einer konservativen hin zu einer progressiven Gewerkschaftspolitik. Er habe nicht nur aus der Defensive agiert, sondern auch Fortschritte erkämpft. «Noch nie gab es so viele Lohnkontrollen wie heute und eine derartige Ausdehnung von Gesamtarbeitsverträgen», sagt Pardini.

Er spricht damit die Einführung der flankierenden Massnahmen (Flam) zur Personenfreizügigkeit an. Tatsächlich hatte Rechsteiner die Unterstützung der Gewerkschaften für die Bilateralen Verträge mit der EU von Massnahmen zum Schutz der Löhne abhängig gemacht. Rechsteiner selbst bezeichnet die «Flam» als «historisch», lobt dabei aber auch die Rolle des damaligen Wirtschaftsministers Pascal Couchepin. Als weiteren Erfolg nennt der Gewerkschafter die Kampagnen gegen Niedriglöhne. Bei seinem Amtsantritt 1998 gab Rechsteiner die Devise aus: «Keine Löhne unter 3000

Franken.» Später lancierten die Gewerkschaften die Initiative für einen Mindestlohn von 4000 Franken. Sie wurde zwar deutlich abgelehnt, indirekt entfaltete das Volksbegehren aber eine Wirkung.

Erfolg über Misserfolg

Bleiben die Sozialwerke. Hier ist Rechsteiners Bilanz durchzogen. Bei der IV wurde in den letzten Jahren gespart,

«Wer grosse Ziele verfolgt, kann nicht damit rechnen, dass alles immer auf Anhieb glattgeht.»

Paul Rechsteiner

Präsident des Gewerkschaftsbunds, anlässlich seines Amtsantritts 1998

nicht ausgebaut. Höhere AHV-Renten stoppte das Volk im letzten Herbst. Rechsteiner lässt sich von dieser Niederlage nicht beirren. «Das Thema ist gesetzt.» Sinkende Renten in der Pensionskasse seien «sozialer Sprengstoff» und die AHV eben eine günstige Alternative.

Am SGB-Kongress 2010 hatte Rechsteiner als Ziel höhere AHV-Renten ausgerufen. Er sprach von einem Zeithorizont von 10 bis 15 Jahren. Diese Zeit ist noch nicht um. Schafft Rechsteiner 2019 die Wiederwahl als Ständerat, wird er die Sozialkommission präsidiieren und damit bei den nächsten Rentenreform eine Schlüsselrolle innehaben. Dann wird er zwar nicht mehr Gewerkschaftsboss sein, seine Ziele werden jedoch die gleichen sein. Wie sagte er bei seinem Amtsantritt: «Der Weg zum Erfolg führt in der Geschichte der Arbeiterbewegung oft über Misserfolge. Wer grosse Ziele verfolgt, kann nicht damit rechnen, dass alles immer auf Anhieb glattgeht.»

Linkes Zürich heisst Blocher nicht willkommen

Zürcher Politiker ärgern sich, dass die amtliche Publikation «Tagblatt der Stadt Zürich» bald SVP-Politiker Christoph Blocher gehören dürfte.

von Dennis Büeler

Noch immer ist der Mediendeal nicht bestätigt: Die Zeichen aber verdichten sich immer mehr, dass sich Tamedia und die Führungsriege der «Basler Zeitung» (BaZ) einig werden. So wurde BaZ-Verwaltungsrat Rolf Bollmann gestern am Tamedia-Hauptsitz in Zürich gesehen, wo er sich gemäss mehreren Quellen während einiger Stunden aufhielt. Um Verträge zu unterschreiben? Oder um seine dort arbeitende Tochter zu besuchen, wie Bollmann der «Südostschweiz» gestern Abend weismachen wollte? Auch Tamedia antwortete auf Anfrage ausweichend: «Von unserer Seite gibt es keine Neugkeiten», so Kommunikationschef Christoph Zimmer.

Letzten Samstag hatte die «Schweiz am Wochenende» die Verhandlungen der Verleger publik gemacht. Im Vordergrund steht nach wie vor ein Tauschgeschäft: Tamedia kriegt die BaZ, de-

ren Spitz um alt SVP-Bundesrat Christoph Blocher und Bollmann erhält das «Tagblatt der Stadt Zürich». BaZ-Chefredaktor Markus Somm bestätigte den Sachverhalt am Montag gegenüber der eigenen Redaktion (Ausgabe von ges- tern).



«Ich wäre froh, wenn im rot-grünen Zürich mal eine Zeitung kritisch hingucken würde.»

Mauro Tuena
Zürcher SVP-Nationalrat

Noch vor der Verkündigung ruft der Deal die Politik auf den Plan. So diskutierte der Zürcher Gemeinderat gestern Abend darüber, welche Folgen es hätte, wenn der Herausgeber des städtischen Amtsblatts auf einmal Blo-



«Die BaZ hat destruktiven Journalismus betrieben. Ich würde sie nicht vermissen.»

Beat Jans
Basler SP-Nationalrat

cher hiesse. Schliesslich hat die Stadt den Vertrag erst kürzlich verlängert. In einer dringlichen schriftlichen Anfrage wollen die Lokalpolitiker Jean-Daniel Strub (SP) und Andreas Kirstein (AL) vom Stadtrat unter anderem wissen, unter welchen Voraussetzungen die Vereinbarung gekündigt werden könnte. Den Vorstoß unterzeichneten 63 Politiker von SP, Grüne, AL und GLP. «Der Titel «Städtisches Amtsblatt» wird als Gütesiegel wahrgenommen», sagt Strub. «Die Leserschaft glaubt, was in einer solchen Zeitung steht. Deshalb wäre es verheerend, wenn ein politisches Lager dieses Gütesiegel für seine politischen Zwecke nutzen könnte.»

Stadtschreiberin Claudia Cuche-Curti hält auf Anfrage fest: «Für die Stadt Zürich ist zentral, dass die Vertragsbedingungen eingehalten werden. Diese enthalten unter anderem, dass der redaktionelle Teil sachlich, politisch und journalistisch ausgewogen gestaltet wird

und dass der amtliche Teil klar abgegrenzt ist.» Der bis Ende 2022 gültige Vertrag könnte gekündigt werden, «wenn die Weiterführung der Zusammenarbeit unzumutbar geworden ist».

Basler SPler rät zur Gelassenheit

Mauro Tuena, Präsident der Stadtzürcher SVP sowie Nationalrat, würde sich freuen, wenn Blocher das «Tagblatt» übernahm. «Ich wäre froh, wenn im rot-grünen Zürich mal eine Zeitung kritisch hingucken würde», sagt er.

Der Basler SP-Nationalrat Beat Jans hingegen beneidet die Zürcher nicht um ihre Perspektive. «Die BaZ hat in den letzten Jahren destruktiven Journalismus betrieben», sagt er. «Sie hat keine Gelegenheit ausgelassen, um die Stadt Basel schlecht zu machen.» Dennoch rät Jans zur Gelassenheit. Falle niemand auf die ständigen Provokationen herein, verlören Blochers Medien ihre meinungsbildende Funktion.